



Frau
BM Dr. Claudia Schmied
BM:UKK
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Wien, am 12.03.2009

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Die Lehrer und Lehrerinnen des ORg Komensky haben bei der Dienststellenversammlung am 12.03.2009 die Unterstützung aller gewerkschaftlichen Maßnahmen (inklusive Streik) einstimmig beschlossen.

Mit folgender Begründung:

- Die vorgesehene Erhöhung der Arbeitszeit um 10% (2 Stunden Unterrichtsverpflichtung) trägt nicht zur Verbesserung der Unterrichtsqualität bei, sondern dient ausschließlich dazu Budgetlücken zu füllen.
- Zwei Stunden mehr in der Klasse bedeuten mindestens vier Stunden Arbeitszeit (Vorbereitungs- und Nachbereitungszeit, Supplierbereitschaften, Elterngespräche, SchülerInnen-gespräche, u.v.a.m.)
- Für viele KollegInnen besteht die Gefahr, dass sie an zusätzlichen Schulstandorten eingesetzt werden müssten, da an der eigenen Schule nicht genügend Stunden zur Verfügung stehen. Dies bedeutet einen erheblichen organisatorischen Mehraufwand (zusätzliche Wegzeiten, doppelte bis dreifache Konferenzen, Sprechtag, kaum administrierbare Stundenpläne, u.v.a.m.)
- Mehr Arbeitszeit für die LehrerInnen bedeutet daher **nicht** mehr Zeit für die SchülerInnen.



- Viele junge KollegInnen würden ihren Arbeitsplatz verlieren, da ihre Verträge nicht verlängert würden.
- Die Art, wie diese Maßnahme über die Medien kommuniziert wurde, und die darauf folgende populistische Kampagne sind für uns demotivierend und frustrierend. Wann wurde jemals die Bevölkerung darüber befragt, ob eine bestimmte Berufsgruppe mehr arbeiten soll? Diese Vorgangsweise ist für ein konstruktives Arbeitsklima nicht förderlich!
- Die in den Medien kolportierten Zahlen und Vergleiche zur Lehrerarbeitszeit entsprechen weder dem Rechnungshofbericht noch unserer Arbeitsrealität. Darüber hinaus halten die internationalen „Vergleiche“ einer kritischen und seriösen Prüfung nicht stand.
- Wir vermissen ein durchdachtes Gesamtkonzept im Bildungsbereich, sind aber gerne bereit **echte** Strukturverbesserungen und Reformen mitzutragen. Isolierte, einander sogar widersprechende Einzelmaßnahmen lehnen wir vehement ab.
- Wir fordern eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Bildungsressorts!

Wir fordern Sie auf, die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurückzunehmen!

Mit freundlichen Grüßen
Dienststellenversammlung des pORg3 Komensky